

NIKOLAUS BERLAKOVICH
Bundesminister



lebensministerium.at

XXIV. GP.-NR

12799 /AB

15. Jan. 2013

An die
Frau Präsidentin
des Nationalrates
Mag.^a Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

zu 13100 J

ZI. LE.4.2.4/0212-I/3/2012

Wien, am 14. JAN. 2013

Gegenstand: Schriftl. parl. Anfr. d. Abg. z. NR Harald Jannach, Kolleginnen und Kollegen vom 16. November 2012, Nr. 13100/J, betreffend Green Jobs

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Harald Jannach, Kolleginnen und Kollegen vom 16. November 2012, Nr. 13100/J, teile ich Folgendes mit:

Zu Frage 1:

Im Jahr 2008 waren rund 172.000 Beschäftigte (gemessen in Vollzeitäquivalenten) in der Umweltwirtschaft tätig. 2009 stieg die Anzahl auf 174.700 und 2010 schließlich auf 188.505 Umweltbeschäftigte.

Mit Einbeziehung des Handels mit umweltverträglichen Produkten waren 2008 193.936 Beschäftigte (gemessen in Vollzeitäquivalenten) in der Umweltwirtschaft tätig. 2009 stieg die Anzahl auf rund 196.165, im Jahr 2010 auf 209.806 Beschäftigte.

Zu Frage 2:

Etwas mehr als ein Drittel des Umsatzes (38,6%) und deutlich mehr als die Hälfte der Beschäftigten (57,5%) der Umweltwirtschaft entfielen 2010 auf Umweltschutzaktivitäten, 61,4 % des Umsatzes bzw. 42,5 % der Beschäftigten entfielen auf das Ressourcenmanagement.



Zu den Umweltschutzaktivitäten zählt u.a. der beschäftigungsintensive ökologische Landbau, während z.B. die Erzeugung von Elektrizität aus erneuerbaren Energien dem Ressourcenmanagement zugeordnet ist. Von 2008 bis 2010 hat sich der Umweltumsatz (+7,4%) und die Umweltbeschäftigung (+17,1%) bei den Umweltschutzaktivitäten sehr positiv entwickelt, bei den Ressourcenmanagementaktivitäten konnte nur beim Umsatz ein merklicher Anstieg (+4,9%) erreicht werden. Die Beschäftigung blieb mit einer Zunahme um 0,8% relativ stabil. Das bedeutendste Segment der Umweltwirtschaft stellt das „Management der Energieressourcen“ dar. Es erbrachte im Jahr 2010 mit 34,7 % der Umweltbeschäftigte ca. 49,5 % des Umweltumsatzes und umfasst ein weiteres Feld an Aktivitäten, unter anderem sind erneuerbare Energien und Energieeinsparungsmaßnahmen darin enthalten.

Zu den Fragen 3 und 4:

Die Ermittlung der Daten erfolgt in den EU-Mitgliedstaaten jeweils durch die nationalen statistischen Behörden, in Österreich durch die Statistik Austria. Green jobs sind Arbeitsplätze, die bei der Herstellung von Produkten, Technologien und Dienstleistungen, die Umweltschäden vermeiden und natürliche Ressourcen erhalten, „anfallen“. Diese Definition zur statistischen Erfassung des Environmental Goods and Service Sector (EGSS) wurde zwischen den statistischen Ämtern der EU-Mitgliedstaaten abgestimmt.

Zu Frage 5:

Die Kosten für die Ausarbeitung der wissenschaftlichen Grundlagen für die Erstellung des Masterplans Green Jobs betragen € 153.600,-- davon entfallen auf Ramsauer & Stürmer Consulting GmbH € 113.400,-- und € 40.200,-- auf das WIFO für die volkswirtschaftliche Evaluierung des Masterplans.

Zu Frage 6:

Neben den in Antwort 5 erwähnten externen Kosten war im Jahr 2010 ein Mitarbeiter des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) mit der Erstellung des „Masterplans green jobs“ beschäftigt. Im Zuge der Erarbeitung des Masterplans wurden drei Arbeitsgruppen (Umwelttechnik und erneuerbare Energie, Tourismus und Landwirtschaft und Forstwirtschaft) eingerichtet, an denen MitarbeiterInnen des Ressorts wie auch externe Experten bzw. Expertinnen unentgeltlich mitgearbeitet haben.

Weiters wurde im Jahr 2010 die ressortinterne „Plattform green jobs“ eingerichtet, an der 15 MitarbeiterInnen des BMLFUW mitwirken. Bis dato fanden fünf Sitzungen der Plattform statt, es fielen ausschließlich die damit verbundenen Personalkosten an.

Zu den Fragen 7 und 8:

Das BMLFUW wird bei der Umsetzung des Masterplans vom Verein „green jobs Austria“ unterstützt. Der Verein wurde in den Jahren 2010, 2011 und 2012 mit jeweils € 250.000,-- unterstützt.

Zu Frage 9:

Für Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema „green jobs“ fielen für das BMLFUW Kosten wie folgt an:

2010:	€ 385.718,--
2011:	€ 408.936,--
2012:	€ 208.350,--

Der Bundesminister:

